



ERGÄNZUNGSLEISTUNGEN FÜR FAMILIEN

Familienarmut weiterhin bekämpfen

Nachdem die SP im Vorfeld der parlamentarischen Beratung massgebende Überzeugungsarbeit geleistet hatte, sprach sich der Kantonsrat in der Juni-Session dafür aus, dass Familien mit kleinem Einkommen weiterhin Ergänzungsleistungen (EL) beziehen dürfen. Die Mehrheit des Solothurner Kantonsrats stimmte für die dreijährige Fortführung unseres Solothurner Erfolgsmodells. Am 17. Mai 2009 hatte das Stimmvolk die Einführung von EL für einkommensschwache Familien beschlossen. Ziel der Vorlage war, die Familienarmut im Kanton Solothurn gezielt und wirksam zu bekämpfen. Über Ergänzungsleistungen sollte verhindert werden, dass Familien mit kleinem Einkommen in die Sozialhilfe abrutschen und Kinder in Armut aufwachsen müssen. Die Massnahme wurde auf fünf Jahre befristet und der Entscheid über die Weiterführung von einem positiven Evaluationsbericht abhängig gemacht. Dieser liegt nun vor und bestätigt: Die EL stellen ein wirksames Instrument zur Bekämpfung der Familienarmut dar; auch wenn sie in ihrer heutigen Ausgestaltung nicht ihr volles Potential ausschöpfen können, da nur Familien mit Kindern unter sechs Jahren anspruchsberechtigt sind. Zurzeit werden 632 Familien mit rund 1340

Kindern unterstützt. Ohne EL würden diese Familien ein Erwerbseinkommen erzielen, das unter dem Existenzminimum liegt (sog. «Working Poor»). Die EL entlasten die Sozialhilfe und damit auch die Gemeinden. Gleichzeitig setzen sie einen starken Erwerbsanreiz,

Die Ergänzungsleistungen stellen ein wirksames Instrument zur Bekämpfung der Familienarmut dar.

da nur anspruchsberechtigt ist, wer auch einer Erwerbstätigkeit nachgeht. Das «Solothurner Modell» geniesst aufgrund seines Erfolgs schweizweit Beachtung und wurde auch von anderen Kantonen übernommen. Die SP wird in drei Jahren alles daran setzen, dass die Ergänzungsleistungen definitiv im Sozialgesetz verankert und wenn möglich ausgebaut werden.

Anna Rüefli
Kantons- und Gemeinderätin aus Solothurn,
anna.rueefli@gmx.ch



Niveau A = B ? – HarmoS – Endlich in Sicht?

In diesen Tagen teile ich in meiner Funktion als Schulleiter einer Sekundarschule im Kanton Basel-Landschaft in den Sommerferien zugezogene SchülerInnen in die diversen Klassen und Niveaus ein. In Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten, den ehemaligen Schulen, Checks und Erfahrungswerten, versuchen wir jeweils für das Kind die richtige Klasse und Niveau zu finden. Die Eltern wie auch ich sind immer wieder überrascht, wie unterschiedlich die Schweizer Volksschulen aufgestellt sind, welche Fächer in wie vielen Lektionen unterrichtet werden und warum beispielsweise im Kanton Solothurn in der Sekun-

darschule das unterste Niveau B heisst und im Kanton Basel-Landschaft dasselbe Niveau mit A bezeichnet wird.

Die Abklärungen für «Kantonswechsler» sind aufwendig und trotzdem müssen wir regelmässig nach einem Quartal Jugendliche nochmals umteilen, weil sich unsere Einschätzung als nicht richtig erwiesen hat.

Umso mehr überrascht es mich, dass die Harmonisierung der Schweizer Schulstruktur von gewissen politischen Kreisen in Frage gestellt wird. So werden aktuell vom Komitee «Starke Schulen Baselland» im Kanton BL Unterschriften für eine Initiative für den Austritt aus dem HarmoS Konkordat gesammelt. Argumen-

tiert wird damit, dass das ganze Projekt mit dem neuen Lehrplan hohe Folgekosten verursacht und einen spürbarer Bildungsabbau verursacht würde. Die politischen Mechanismen, die dazu führen, dass viele Kantone sich nicht auf die wichtigsten Eckpunkte wie beispielsweise der Fremdsprachenbeginn und die Stundentafel einigen können erfahre ich nun im Kantonsrat. Am 21. Mai 2006 haben das Schweizer Stimmvolk und alle Stände die revidierten Bildungsartikel in der Bundesverfassung mit 86 % Ja-Stimmen angenommen. Ich setze mich weiterhin für ein kompatibles Schulsystem über Kantonsgrenzen hinweg ein. So werde ich nächste

Woche wiederum versuchen für zwei Zuzüger das richtige Niveau zu finden – ich sehe jetzt schon das Kopfschütteln der Eltern vor mir und wir freuen uns, dass HarmoS endlich in Sicht ist.

Simon Esslinger,
Kantonsrat aus Seewen,
s.esslinger@bluewin.ch

**MEIN
STAND
PUNKT**



ABSTIMMUNG ÜBER DIE PENSIONSASSE

Trotz allem, Ausfinanzierung jetzt

Die Pensionskasse des Kantons Solothurn (PKSO) muss künftig ohne Staatsgarantie auskommen und ihre künftigen Verpflichtungen mit dem eigenen Kapital zu 100 % abdecken können. Die Ausfinanzierung des Deckungsfehlbetrages von 1,1 Milliarden Franken ist eine grosse Herausforderung an die Beteiligten. Auf dem Spiel steht die langfristige Sicherung der Altersvorsorge für die Staatsangestellten, die Lehrpersonen der Kantons-, Berufs- und Volksschulen, das Spitalpersonal sowie des Personals von 200 angeschlossenen Arbeitgebern.

Im Gegensatz zu den privaten Pensionskassen wurden Kanton und Gemeinden mit der Einführung des Gesetzes über die berufliche Vorsorge (BVG) im Jahr 1985 das Recht belassen, dass nicht das oberste Organ der Pensionskasse über die Finanzierung und die Leistungen bestimmt, sondern weiterhin die politischen Gremien. Obwohl die 2. Säule auf dem Prinzip der Vollkapitalisierung beruht, machte man bei öffentlich-rechtlichen Pensionskassen wegen der bestehenden Staatsgarantie eine Ausnahme.

Umsetzung von Bundesbestimmungen

Mit den 2010 auf Bundesebene beschlossenen Vorgaben werden per 1. Januar 2015 die öffentlich-rechtlichen Pensionskassen gezwungen, einerseits die finanzielle Sicherheit der Kasse zu gewährleisten und andererseits eine gewisse Unabhängigkeit zwischen den politi-

schen Organen und der Vorsorgeeinrichtung zu schaffen. Das vom Kantonsrat in der Junisession beschlossene und am 28. September 2014 zu Abstimmung stehende Gesetz über die Pensionskasse des Kantons Solothurn, setzt die Bundesbestimmungen um und bestimmt, dass die PKSO rückwirkend per 1. Januar 2012 ein Kapital aufweisen muss, welches die gegenwärtigen und künftigen Rentenverpflichtungen voll deckt. Damit fällt die Staatsgarantie dahin. Die Ausfinanzierung erfolgt durch Übernahme des Fehlbetrages von 1,1 Milliarden Franken durch den Kanton, die angeschlossenen Arbeitgeber und je nach Variante durch die Einwohnergemeinden. Die Mehrheit des Kantonsrates hat

die Modalitäten so beschlossen, dass auf die Arbeitgeber ein Anteil von 30 %, die aktiven Versicherten und die heutigen Rentnerinnen und Rentner ein solcher von 70 % fällt. Der garantierte Teuerungsausgleich auf den Renten fällt weg. Die bisher von den Arbeitgebern zu diesem Zweck geleisteten Lohnprozente werden stattdessen zur Ausfinanzierung der Deckungslücke verwendet. Zudem wird der vorhandene Teuerungsfonds, welcher durch Beiträge von Arbeitgeber und Arbeitnehmerseite gespiesen worden ist, vollständig für die Ausfinanzierung der Deckungslücke verwendet. Die Arbeitgeber können ihre Schuld in

Eine gute Absicherung für Alter und Invalidität muss nach Auffassung der SP ein Anliegen sowohl von Arbeitnehmer- wie auch Arbeitgeberseite sein.

jährlichen Tranchen abtragen. Zur Tilgung der Schuld sowie der Zinsen steht ein Zeitraum von 40 Jahren zur Verfügung.

Kanton trägt politische Verantwortung, Arbeitgeber haben profitiert

Die politischen Entscheide, welche die Deckungslücke verursacht haben, sind auf kantonaler Ebene gefallen. Der Kanton steht daher heute in der Pflicht. Die politischen Akteure waren in der Vergangenheit der Auffassung, dass die von Beginn weg bestehende Deckungslücke der PKSO wegen der bestehenden Staatsgarantie nicht ausfinanziert werden soll. Auch haben die politischen Behörden zwar Leistungsverbesserungen für die Versicherten beschlossen, aber nicht für die entsprechende Finanzierung gesorgt.

Die Arbeitgeber (Kanton, Einwohnergemeinden und angeschlossene Unternehmen) stehen in der Verantwortung ihren Beitrag zu leisten, haben sie doch in der Vergangenheit von niedrigen Beiträgen profitiert. Inwieweit die Einwohnergemeinden in diesem Zusammenhang als Arbeitgeberinnen der Lehrpersonen ebenfalls in der Verantwortung stehen, wird das Volk am 28. September im Rahmen der Variantenabstimmung bestimmen. Es geht darum, ob die Einwohnergemeinden zugunsten des Kantons vom Fehlbetrag von 1,1 Milliarden einen Anteil von 118 Millionen Franken übernehmen oder nicht.



Im Zusammenhang mit der Diskussion über die Ausfinanzierung der Deckungslücke, wurden von bürgerlicher Seite her immer wieder der Ruf nach Abbau von Leistungen auf Seiten der Versicherten laut, respektive nach höheren Arbeitnehmerbeiträgen. Eine gute Absicherung für Alter und Invalidität muss nach Auffassung der SP ein Anliegen sowohl von Arbeitnehmer wie auch Arbeitgeberseite sein.

Versicherungsleistungen stehen unter Druck

Die Versicherten stehen ebenfalls in der Pflicht, wenn es um die Finanzierung ihrer Rentenleistungen geht. Die Streichung der garantierten Teuerung auf den Renten und die Auflösung des Teuerungsfonds stellen einen wesentlichen Beitrag zur Ausfinanzierung der Deckungslücke dar. Nicht nur die Rentnerinnen und Rentner sind betroffen, sondern auch die aktiven Versicherten, denn auch für sie wurde jahrelang in den Teuerungsfonds einbezahlt und Leistungen für die Zukunft versprochen. Gerade kleinere Einkommen, die auch kleinere Renten zu erwarten haben, trifft es bei einer künftigen Teuerung besonders. Die SP hat sich daher im Kantonsrat für den Teuerungsausgleich gewehrt, ist aber leider unterlegen.

Die Versicherten der PKSO haben bereits in der Vergangenheit auf Leistungen verzichtet müssen. Im Zusammenhang mit der Anhebung des Pensionsalters wurden erst kürzlich der Umwandlungssatz und damit die Renten gesenkt. Die Leistungen der PKSO liegen noch im schweizerischen Durchschnitt und sind vergleichbar mit den umliegenden Kantonen. Das Leistungsziel für kleinere Einkommen ist sogar etwas besser als bei andern Kassen, was sozialpolitisch gewollt ist. Jedoch werden die Leistungen der aktiven Versicherten auch künftig wegen der demografischen Entwicklung unter Druck kommen.

Trotz allem für die Vorlage

Sollte die Vorlage nicht anfangs 2015 in Kraft treten können, würde die Aufsichtsbehörde der PKSO einen Zeitplan zur Sanierung diktieren. Innert 8 bis 10 Jahren müssten Kanton, Einwohnergemeinden und angeschlossene Arbeitgeber den Fehlbetrag tilgen. Dies würde nicht nur die Leistungen der Versicherten unter Druck setzen, sondern wären für Kanton und Gemeinden finanziell nicht verkraftbar. Die SP befürwortet daher das Pensionskassengesetz trotz allem.

Susanne Schaffner-Hess
Kantonsrätin aus Olten
kontakt@susanne-schaffner-hess.ch

SP-DULLIKEN

«Aktuell aus Bern» weckte reges Interesse

Anlässlich des Anlasses «Aktuell aus Bern» mit Ständerat Roberto Zanetti und den Nationalräten Bea Heim und Philipp Hadorn konnte der Sektionspräsident Edy Lütolf zahlreiche Mitglieder und Interessierte begrüßen.



Sehr viel Aufwand

Ständerat Roberto Zanetti schilderte zu Beginn die Arbeitsabläufe und das Funktionieren des Parlaments. Es wurde offensichtlich, dass der grosse Aufwand auf den ersten Blick gar nicht sichtbar ist. Trotz der heutigen elektronischen Arbeitsmittel sind Papierberge weiterhin fester Bestandteil. Viel Arbeit erfolgt in den Kommissionen, eine komplexe Vorlage wie die Kartellgesetzrevision war zum Beispiel in eineinhalb Jahren in den Kommissionen von Nationalrat und Ständerat. Als Mitglied der kleinen Kammer arbeitet Zanetti in fünf Kommissionen mit und präsidiert jene für Wirtschaft und Abgaben. Der Gerlafinger schätzt es sehr dass es in der kleinen Kammer möglich ist eine freie Diskussionskultur zu leben, dies ganz im Gegensatz zum Nationalrat.

Die stark im Gesundheitsbereich engagierte Nationalrätin Bea Heim, ist ebenfalls Mitglied in der Staatspolitischen Kommission. Sie würdigte dabei insbesondere die Arbeit von Bundesrätin Sommaruga, die bekanntlich nicht gerade ihr Wunschdepartement übernahm. Gerade im Asylbereich habe sie jedoch viele schwierige Rückführungsabkommen mit Staaten abschliessen können, mehr als der damalige Justizminister Christoph Blocher, die Asylzahlen seien massiv gesunken und die Verfahren liefen viel schneller. Weiter fand die Nationalrätin aus Starrkirch-Wil, dass beim Schutz

im Lebensmittelbereich noch Verbesserungen notwendig seien. Halbwegs befriedigt zeigte sie sich, dass bei dem ausufernden Gebrauch von Antibiotika bei Mensch und Tier gewisse Massnahmen ergriffen werden.

«Nur gut Verdienende profitieren»

Philipp Hadorn zeigte auf, weshalb die sogenannte Familieninitiative der CVP nicht das halte, was sie verspreche. Bei der Bundessteuer mit ihrer Progression würden vor allem, oder nur wirklich sehr gut Verdienende profitieren. Die SP mache gerne Familienpolitik, koste diese jedoch eine Mrd. Franken könne man sich bessere Wege vorstellen, die vor allem die Familien aus dem Mittelstand und solche in schwierigen Verhältnissen entlasten würden, so Philipp Hadorn.

Bei der anschliessenden Diskussion kam unter anderem der NSA-Skandal zur Sprache. Ob das jetzt das Parlament nicht beschäftige, wurde gefragt. Zanetti bejahte das durchaus, musste jedoch eingestehen, dass ein SP-Antrag dazu in seiner Kommission von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt wurde, obwohl sogar der Bundesrat dazu ein Ja empfahl. (UHO)

Das nächste «Aktuell aus Bern» findet am 18. September 2014, 19.30 Uhr im alten Schulhaus, Bergstrasse 1 in Lohn-Ammannsegg statt.

SP OLTEN

Wird ein Leistungsabbau stattfinden?



(v. l.): Jeanette Dinkel und Yabgu R. Balkaç, Hauptverantwortliche für die «bar rouge», Susanne Schaffner, SP-Kantonsrätin, Christian Levrat, Präsident SP Schweiz, Urs Huber, SP-Kantonsrat, Brigitte Kissling, Co-Präsidentin SP Olten.

Gemeinsam mit der SP Amteipartei wird die SP Olten auch dieses Jahr wieder an der MIO-Messe in Olten mit ihrer «bar rouge» präsent sein. Unter der Leitung von Yabgu R. Balkaç und mit tatkräftiger Unterstützung von Jeanette Dinkel und Urs Huber wurde im letzten Jahr die «bar rouge» neu gestaltet und lud die Messebesucher und Politiker jeder Couleur zum Verweilen und Diskutieren ein. Am Samstagnachmittag war der SP-Präsident Christian Levrat Gast in der «bar rouge». Er begrüßte

Veranstaltung

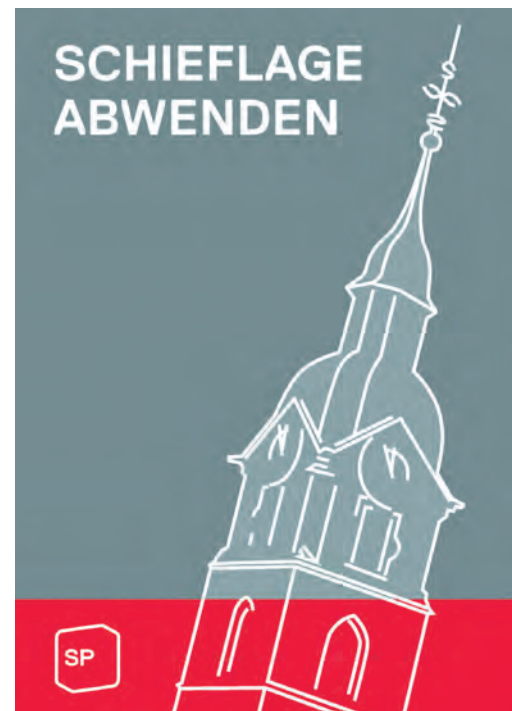
alle Anwesenden persönlich und kam mit vielen ins Gespräch. Er zeigte sich sehr offen für die Anliegen der Oltnerinnen und Oltner und nahm viele positive Eindrücke aus den Begegnungen mit nach Bern.

Messe in Olten

Auch dieses Jahr wird die SP Olten und die SP Amteipartei mit ihrer «bar rouge» an der viertägigen Messe in Olten teilnehmen. Die diesjährige MIO findet von Freitag, 26. September 2014 bis und mit Montag, 29. September 2014 statt. Alle sind herzlich eingeladen. Wir freuen uns zahlreiche Gäste an unserem Stand begrüßen zu dürfen und selbstverständlich auch in diesem Jahr wieder einen prominenten Gast – lassen Sie sich überraschen.

Finanzen – Grund zur Vorsicht, aber keinen zur Panik

Olten ist eine wachsende Stadt, deshalb benötigen wir die dafür notwendige Infrastruktur und genügend Personal. Damit sich Familien wohl fühlen, setzt sich die SP für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer ein. Ebenfalls wichtige Themen sind bessere Chancengerechtigkeit für alle Kinder und damit verbunden, die Kinder- und Schulbetreuung. Wir befürchten, dass im Zusam-



menhang mit der derzeitigen finanziellen Lage der Stadt viele wertvolle Dienstleistungen abgebaut werden, die einen erheblichen Beitrag zur Nachhaltigkeit von Olten leisten. Dies ist ein Grund zur Vorsicht, aber keineswegs für Panik.

In der kommenden Budgetdebatte im Herbst möchte die SP nicht nur über Ausgabenreduktionen, sondern auch über zusätzliche Einnahmemöglichkeiten diskutieren. Damit die Finanzen in Olten wieder ins Lot kommen, fordert die SP Olten die Erhöhung des Steuersatzes. Kürzungen bei den Schwächeren in unserer Stadt wollen wir als SP Olten nicht zulassen.

Yabgu R. Balkaç

Kommunikation SP Olten
Gemeinderat aus Olten
yabgu_ramazanbalkac@hotmail.com



Solothurner Abstimmungsarena

Mittwoch, 3. September 2014, 19.30 Uhr in Solothurn

Seminarzentrum Obach (Glutz-Blotzheim-Str. 1, beim Rest. Casablanca)

Unter der Leitung von Andrea Affolter (SRF) diskutieren Solothurner Bundesparlamentarier die eidgenössischen Abstimmungsvorlagen vom 28. September 2014. Seien Sie dabei!

Ende 20.40 Uhr, anschliessend wird ein Apéro offeriert, Eintritt frei!

Volksinitiative «Für eine öffentliche Krankenkasse»
Volksinitiative «Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes!»

Dr. Pirmin Bischof, Ständerat CVP | Roland F. Borer, Nationalrat SVP
Kurt Fluri, Nationalrat FDP | Philipp Hadorn, Nationalrat SP | Bea Heim, Nationalrätin SP
Walter Wobmann, Nationalrat SVP | Benvenuto Savoldelli, Gastro Solothurn

FDP
Die Liberalen

CVP

SP

SVP
SCHWEIZER
QUALITÄT

IMPRESSUM

SP Kanton Solothurn
Rossmarktplatz 1, Postfach 1555
4502 Solothurn,
Telefon 032 622 07 77
E-Mail info@sp-so.ch
Adressänderungen bitte direkt an:
linksabo@spschweiz.ch